

Arbeitnehmerverdienste im verarbeitenden Gewerbe von Berlin (West)	255
Verbrauchsconjunktur bleibt befriedigend	259

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 22/84

Berlin

30. Mai 1984

51. Jahrgang

Arbeitnehmerverdienste im verarbeitenden Gewerbe von Berlin (West) Ein interregionaler Vergleich für das Jahr 1982

Das Einkommensniveau ist nicht nur ein Indikator regionaler Wirtschaftskraft, es ist darüber hinaus ein wichtiges Kriterium für die Beurteilung der Attraktivität von Regionen — für die Wohnortentscheidung der Arbeitnehmer ebenso wie für die Standortwahl von Unternehmen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat für das Jahr 1982 die Arbeitnehmerverdienste in Berlin (West) und ausgewählten Regionen analysiert¹. Ziel der Untersuchung war die Ermittlung der Einkommensposition der Arbeitnehmer Berlins im interregionalen Vergleich und die Erklärung wesentlicher Verdienstdifferenzen zwischen Berlin und anderen Regionen. Untersucht wurden — nach Wirtschaftszweigen und Arbeitnehmergruppen gegliedert — die Bruttoverdienste, also die Einkommen vor Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen der Arbeitnehmer und vor Zuschlag von Transfers; die Arbeitnehmerzulage nach § 28 Berlinförderungsgesetz in Höhe von 8 vH des Bruttoverdienstes wird also nicht berücksichtigt.

Der Bericht informiert über die Ergebnisse des Kernstücks der Untersuchung, des interregionalen Vergleichs der Verdienste im verarbeitenden Gewerbe. Vergleichsgebiete sind die Bundesrepublik einschließlich Berlin (West), neun Großstädte und neun Stadtregionen.

Durchschnittsverdienste in Berlin (West) geringer als in den Vergleichsgebieten

Das Bruttojahreseinkommen der Arbeitnehmer im verarbeitenden Gewerbe² war 1982 in Berlin mit 36 912 DM fast ebenso hoch wie in der Bundesrepublik Deutschland (37 151 DM). In den neun ausgewählten Großstädten³ lagen die Verdienste durchschnittlich um knapp 17 vH über dem Berliner Niveau. Diese große Diskrepanz resultiert zu einem erheblichen Teil aus der im Hinblick auf das Einkommensniveau vergleichsweise ungünstigen Arbeitnehmerstruktur in Berlin — geringer Facharbeiteranteil, geringer Angestelltenanteil, hoher Anteil von Frauen, die allgemein deutlich weniger als Männer verdienen⁴. Strukturbereinigt war der Verdienst im Durchschnitt der ausgewählten Großstädte noch um knapp 5 vH höher als in Berlin⁵.

Der Vergleich Berlins mit anderen Großstädten ist allerdings problematisch — auch in strukturbereinigt-

¹ Kurt Geppert: Die Arbeitnehmereinkommen in Berlin (West) im interregionalen Vergleich. Eine Analyse für das Jahr 1982. Gutachten des DIW im Auftrage des Senators für Arbeit und Betriebe. Berlin 1983.

² Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten.

³ Hamburg, Bremen, Hannover, Essen, Köln, Frankfurt, Stuttgart, München, Nürnberg/Fürth/Erlangen.

⁴ Frauen verdienen nicht nur im Durchschnitt, sondern auch auf den einzelnen Stufen der Stellung im Betrieb wesentlich weniger als Männer. Zu den Verdienstunterschieden zwischen Männern und Frauen vgl. Herr, A., Die Hauptursachen für die unterschiedlichen Durchschnittsverdienste der Männer und Frauen. In: Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamtes, 109. Jg. 1977, S. 76-83. Zum Problem geschlechtsspezifischer Einkommensdiskriminierung vgl. Langkau, J., Einkommens- und Diskriminierungseffekte des Strukturwandels in der Bundesrepublik Deutschland — das Beispiel weiblicher Beschäftigter. In: Heidermann, H., (Hrsg.) Wirtschaftsstruktur und Beschäftigung, Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 116 ff.

⁵ Durch die Strukturbereinigung werden die von abweichenden Branchenstrukturen und regional unterschiedlichen Facharbeiterquoten, Angestelltenanteilen und Män-

Bruttodurchschnittsverdienste im verarbeitenden Gewerbe in Berlin (West), der Bundesrepublik Deutschland und ausgewählten Stadtregionen im Jahr 1982

Wirtschaftszweig	Bundesrepublik	Berlin	Insgesamt	Ausgewählte Stadtregionen								
				Hamburg	Bremen	Hannover	Ruhr Nord	Ruhr Süd	Frankfurt	Stuttgart	München	Nürnberg
Arbeitnehmer												
Betrag in DM	37 151	36 912	40 199	41 579	37 608	36 737	38 607	41 093	41 194	42 098	42 129	36 697
Berlin = 100												
unbereinigt	100,6	100	108,9	112,6	101,9	99,5	104,6	111,3	111,6	114,0	114,1	99,4
strukturbereinigt	98,7	100	102,0	101,2	96,2	98,1	100,1	103,7	100,4	104,0	99,5	93,4
Arbeiter												
Betrag in DM	31 338	30 701	33 201	34 283	31 944	31 590	33 490	34 008	33 334	34 699	31 470	28 687
Berlin = 100												
unbereinigt	102,1	100	108,1	111,7	104,1	102,9	109,1	110,8	108,6	113,0	102,5	93,4
strukturbereinigt	98,3	100	101,4	101,5	97,4	98,2	100,5	102,5	100,2	104,0	97,1	90,9
Angestellte												
Betrag in DM	50 261	49 379	52 982	52 897	49 244	49 129	51 775	54 606	52 917	54 982	54 031	49 521
Berlin = 100												
unbereinigt	101,8	100	107,3	107,1	99,7	99,5	104,9	110,6	107,2	111,3	109,4	100,3
strukturbereinigt	99,2	100	102,8	100,7	94,4	98,1	99,6	105,3	100,7	103,9	103,0	96,9
Bruttolohn je geleistete Arbeiterstunde												
Betrag in DM	18,89	19,06	19,92	20,23	18,56	19,68	19,99	20,28	19,99	21,02	19,15	17,49
Berlin = 100												
unbereinigt	99,1	100	104,5	106,2	97,4	103,3	104,9	106,4	104,9	110,3	100,5	91,8
strukturbereinigt	96,3	100	98,9	98,5	93,3	96,9	96,2	99,2	97,6	100,8	95,0	87,9

Quellen: Statistisches Bundesamt Wiesbaden; Statistische Landesämter; DIW.

ter Betrachtung. Im Bundesgebiet sind in der Vergangenheit in erheblichem Umfang Produktionsstätten in das Umland der Städte verlagert beziehungsweise in Form von Zweigbetrieben dort aufgebaut worden. Der Verwaltungs- und Planungsbereich der Unternehmen und hochwertige Arbeitsplätze in der Produktion verblieben aber meist innerhalb der Stadtgrenzen⁶. In Berlin hat dagegen ein umgekehrter Prozeß stattgefunden. Wegen der politisch-geographischen Lage der Stadt sind in der Vergangenheit viele Unternehmenszentralen von Berlin nach Westdeutschland verlegt worden. Neu angesiedelt wurden hingegen vor allem Zweigbetriebe auswärtiger Unternehmen. Hinzu kommt, daß einheimische Unternehmen, die z.B. aus Raumgründen einen neuen Fertigungsstandort suchen, nur die Wahl haben zwischen dem unmittelbaren Stadtgebiet oder weit entfernten Regionen. Eine Funktionenteilung zwischen Kernstadt und Umland ist nicht möglich.

Folge dieser unterschiedlichen Entwicklungen sind einmal höhere Anteile von Facharbeitern und Angestellten in den Großstädten des Bundesgebietes, zum anderen aber auch günstigere Strukturen innerhalb dieser Arbeitnehmergruppen. Diese gruppeninternen Strukturunterschiede sind in ihrer Wirkung auf die regionalen Durchschnittseinkommen nicht quantifizier-

bar und können damit nicht in die Strukturbereinigung einbezogen werden. Um dennoch Einflüsse der Funktionenteilung zwischen Städten und Stadtumland auf die regionalen Durchschnittseinkommen zu quantifizieren, wurde Berlin auch mit den entsprechenden Stadtregionen verglichen. Für die vorliegende Untersuchung wurden Stadtregionen aus den Kernstädten und den umliegenden Landkreisen in einem Radius bis zu etwa 50 km gebildet. In den meisten Fällen wird bei der Produktionsverlagerung von den Städten in das Umland diese Entfernung nicht überschritten⁷.

ner/Frauen-Relationen ausgehenden Effekte auf den Einkommensvergleich rechnerisch eliminiert. Als Referenzstruktur wurde die Arbeitnehmerstruktur der Bundesrepublik insgesamt gewählt. Zum Verfahren der Strukturbereinigung vgl. W. Schöning: Einige Überlegungen zur Berücksichtigung struktureller Unterschiede bei interregionalen Vergleichen. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 3/1982, S. 320-332.

⁶ Vgl. dazu K. Schliebe: Industrieansiedlungen. Das Standortwahlverhalten der Industriebetriebe in den Jahren von 1955-1979. Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung. Forschungen zur Raumentwicklung Band 11. Bonn 1982, S. 75 ff.

⁷ Vgl. K. Schliebe, a.a.O., S. 114 ff., D. Bullinger: Tendenzen betrieblichen Standortwechsels in Ballungsräumen. In: Raumforschung und Raumordnung Heft 3/1983, S. 82 ff.

In den neun ausgewählten Stadtregionen war der Jahresverdienst der Arbeitnehmer im verarbeitenden Gewerbe 1982 — nicht strukturbereinigt — durchschnittlich um 9 vH größer als in Berlin. In den Regionen Hannover und Nürnberg verdienten die Arbeitnehmer etwa ebensoviel, in allen anderen Regionen deutlich mehr als in Berlin. Am höchsten waren die Durchschnittseinkommen in den Regionen Stuttgart und München; sie lagen dort um 14 vH über dem Berliner Niveau.

Verdienstdifferenzen bei Arbeitern und Angestellten unterschiedlich

Gründe für die Einkommensdifferenzen zwischen Berlin und den Vergleichsregionen werden ersichtlich, wenn man in einigen großen Branchen die Verdienstrelationen bei Arbeitern und Angestellten getrennt betrachtet. In der chemischen Industrie ist der Durchschnittsverdienst der Arbeitnehmer in Berlin deutlich geringer als im Bundesgebiet und in den Stadtregionen. Dabei verdienen die Angestellten fast ebensoviel wie in den Vergleichsregionen, die Arbeiterverdienste sind dagegen im Bundesgebiet um 17 vH, in den Stadtregionen um 22 vH höher als in Berlin. Diese Diskrepanz ist zu einem erheblichen Teil durch die großen Unterschiede in den Produktionsstrukturen bedingt. In der chemischen Industrie Berlins sind drei Viertel der Arbeiter in den Sparten Pharmazeutika und Kosmetika tätig. Der Anteil der Frauen ist mit knapp 50 vH sehr hoch; entsprechend niedrig sind die Durchschnittsverdienste der Arbeiter. Im Bundesgebiet dominiert dagegen die Produktion von chemischen Grundstoffen. In diesem Bereich liegen die Einkommen deutlich über dem Branchendurchschnitt.

In der elektrotechnischen Industrie und im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe sind dagegen die Verdienste der Arbeiter in Berlin etwa ebenso hoch wie in den Vergleichsregionen. Die Durchschnittsgehälter der Angestellten sind aber — vor allem im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe — in Berlin deutlich geringer. Hierin kommt zum Ausdruck, daß Zentralen großer überregionaler Unternehmen dieser Branchen in Berlin fehlen. Das gleiche gilt für den Straßenfahrzeugbau. Die Durchschnittsgehälter der Angestellten sind in diesem Zweig in Berlin um 10 vH niedriger als im Bundesgebiet und um 17 vH niedriger als in den Stadtregionen. Aufgrund stark abweichender Strukturen im Fertigungsprozeß liegen aber auch die Arbeiterverdienste im Straßenfahrzeugbau in Berlin unter denen des Bundesgebietes. Die Differenz ist allerdings deutlich geringer als bei den Gehältern der Angestellten.

**Arbeitnehmer im verarbeitenden Gewerbe¹⁾
nach Stellung im Beruf und Geschlecht im Jahr 1982**

	Bundesrepublik ²⁾	Berlin (West)	Großstädte ³⁾	Stadtregionen ⁴⁾
Arbeitnehmer (1000 Pers.)	6 945,5	166,7	1 046,4	3 017,2
davon in vH:				
Arbeiter	69,3	66,7	57,7	64,6
davon in vH:				
Nichtfacharbeiter	58,1	65,1	53,0	56,8
Facharbeiter	41,9	34,9	47,0	43,2
Angestellte	30,7	33,3	42,3	35,4
	Anteil der Frauen in vH			
Arbeitnehmer	28,2	36,7	25,7	25,7
Nichtfacharbeiter	36,1	51,6	34,5	33,4
Facharbeiter	7,3	7,9	4,8	5,3
Angestellte	35,6	40,9	32,4	33,5

1) Arbeitnehmer der monatlich meldenden Betriebe.- 2) Einschließlich Berlin (West).- 3) Hamburg, Bremen, Hannover, Essen, Köln, Frankfurt, Stuttgart, München, Nürnberg/Erlangen/Fürth.- 4) Hamburg, Bremen, Hannover, Ruhrgebiet Nord, Ruhrgebiet Süd, Frankfurt, Stuttgart, München, Nürnberg.
Quellen: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Statistische Landesämter; DIW.

Berücksichtigung interregionaler Unterschiede in den Arbeitsplatzstrukturen ...

Regionale Einkommensunterschiede ergeben sich einmal aus unterschiedlicher Entlohnung vergleichbarer Arbeit, zum anderen aber auch aus differierenden Arbeitnehmerstrukturen, die wiederum entscheidend durch die jeweilige Struktur der angebotenen Arbeitsplätze geprägt werden. Soweit sich die Strukturunterschiede statistisch in interregional abweichenden Facharbeiterquoten, Angestelltenanteilen und Männer/Frauen-Relationen niederschlagen, können ihre Einflüsse auf die Durchschnittseinkommen rechnerisch ermittelt werden.

Die Arbeitsplatzstruktur im verarbeitenden Gewerbe ist in Berlin vergleichsweise ungünstig. Bereinigt um die statistisch meßbaren interregionalen Strukturunterschiede war der Verdienst der Arbeitnehmer im Bundesgebiet um 1 vH niedriger, im Durchschnitt der Stadtregionen aber um 2 vH höher als in Berlin. Deutlich höher als in Berlin waren die strukturbereinigten Durchschnittsverdienste in den Regionen Ruhrgebiet Süd (um 3,7 vH) und Stuttgart (um 4,0 vH). In diesen Regionen sind die Verdienste im Automobilbau sehr hoch. Das gilt zwar auch für die Regionen Ruhrgebiet Nord, Frankfurt und München. Dort wirken aber die vergleichsweise niedrigen Verdienste in einigen anderen Branchen kompensierend.

Die Einkommensposition Berlins wird in einigen großen Industriezweigen durch weitere — nicht quantifizierbare — Struktureffekte negativ beeinflusst:

- Im Berliner Straßenfahrzeugbau werden vorwiegend Teile für Kraftwagen und Kraftwagenmotoren hergestellt und Kraftfahrzeuge repariert — Bereiche, in denen die Einkommen aller Arbeitnehmergruppen deutlich unter dem Branchendurchschnitt liegen. Im Bundesgebiet dagegen dominiert die Produktion von Automobilen. In diesem Bereich werden — nicht zuletzt aufgrund anderer Produktionsabläufe und Lohnformen — überdurchschnittliche Einkommen erzielt.
- In der chemischen Industrie sind die Arbeiterverdienste in Berlin auch strukturbereinigt noch erheblich niedriger als im Bundesgebiet und im Durchschnitt der Stadtregionen. Es ist zu vermuten, daß diese Differenz teilweise auf weiteren Struktureffekten beruht. Dafür spricht zumindest die Tatsache, daß der Abstand gegenüber Regionen mit ähnlichem Produktionsprogramm der chemischen Industrie, z.B. Hamburg Stadt, kleiner ist als gegenüber Regionen mit stark abweichender Produktpalette, z.B. Ruhrgebiet Süd, Region Frankfurt.
- Vor allem im Straßenfahrzeugbau und im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe sind zentrale Unternehmensbereiche mit entsprechend hoch bezahlten Angestellten in Berlin unterrepräsentiert. Die strukturbereinigten Verdienstrelationen für die Angestellten in diesen Branchen wären für Berlin sicher günstiger, wenn die Strukturunterschiede innerhalb des Angestelltenbereichs in die Bereinigung einbezogen werden könnten.

... und Arbeitszeiten

Ein weiterer nicht unwichtiger einkommensbestimmender Faktor ist die Arbeitszeit. Statistische Angaben darüber sind allerdings nur für die Arbeiter verfügbar. Die Zahl der jährlich geleisteten Arbeitsstunden pro Arbeiter war 1982 in Berlin um 3 vH geringer als im Durchschnitt der Vergleichsregionen. Dies ist zum Teil auf den hohen Anteil von Arbeiterinnen zurückzuführen; die durchschnittliche Arbeitszeit der Frauen ist allgemein geringer als die der Männer. Darüber hinaus ist die Arbeitszeit der Männer vor allem im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe in Berlin geringer als im Bundesgebiet⁸.

Der Lohn pro geleistete Arbeiterstunde war 1982 im Bundesgebiet geringfügig niedriger, im Durchschnitt

der Stadtregionen dagegen um 4,5 vH und der Großstädte um 9 vH höher als in Berlin. In strukturbereinigter Betrachtung ist die Verdienstposition Berlins deutlich günstiger. Auch wenn die statistischen Angaben über die geleisteten Arbeiterstunden — insbesondere in den einzelnen Industriezweigen — weniger zuverlässig sein dürften als jene über die Zahl der Beschäftigten und die Einkommen, kann als Tendenzaussage festgehalten werden, daß die Verdienste der Industriearbeiter in Berlin struktur- und arbeitszeitbereinigt zumindest nicht niedriger sind als in anderen Ballungsgebieten und um einige Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt liegen.

Fazit

Der Durchschnittsverdienst der Arbeitnehmer im verarbeitenden Gewerbe ist in Berlin etwa ebenso hoch wie in der Bundesrepublik insgesamt, aber erheblich geringer als in westdeutschen Ballungsgebieten. Dieser Abstand ist allerdings wohl kaum auf geringere Entlohnung vergleichbarer Arbeit zurückzuführen; er beruht vor allem auf Strukturunterschieden. Die Qualifikationsstruktur der Arbeitnehmer ist in Berlin — bedingt durch die Qualitätsstruktur der Arbeitsplätze — ungünstiger als in anderen Ballungsgebieten. Berlin ist vorwiegend Produktionsstandort; zentrale Funktionen überregionaler Unternehmen (Verwaltung, Forschung, Entwicklung, Werbung, Vertrieb) sind dagegen vorwiegend in westdeutschen Ballungsgebieten angesiedelt. Die Folge davon ist nicht nur eine im Vergleich zu anderen Ballungsgebieten geringe Angestelltenquote im verarbeitenden Gewerbe Berlins, sondern auch eine ungünstigere Angestelltenstruktur. In der Produktion der Berliner Industrie haben kapitalintensive Massenfertigungen — Bereiche mit geringen Qualifikationsanforderungen — ein hohes Gewicht. Daraus resultiert ein vergleichsweise niedriger Anteil von Facharbeitern⁹. Bereinigt um die Struktur Nachteile ist der Arbeitnehmerverdienst im verarbeitenden Gewerbe Berlins — ohne die Arbeitnehmerzulage nach dem Berlinförderungsgesetz — um rund 4 vH höher als im Bundesdurchschnitt und etwa ebenso hoch wie in anderen Ballungsgebieten.

⁸ Vgl. dazu auch die Ergebnisse der vierteljährlichen Verdiensterhebungen für 1982. Statistisches Bundesamt, Fachserie 16, Reihe 2.1, Arbeiterverdienste in der Industrie.

⁹ Vgl. Zur Arbeitsplatzstruktur der Berliner Wirtschaft. Ein interregionaler Vergleich. Bearb.: Kurt Geppert, Peter Ring. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 40/83.

Verbrauchskonjunktur bleibt befriedigend

Der private Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland Anfang 1984

Die Entwicklung des privaten Verbrauchs war im vergangenen Jahr durch Erholungstendenzen gekennzeichnet. Obwohl die Realeinkommen leicht zurückgingen, nahm der reale Konsum erstmals seit 1980 wieder zu, und zwar um 1 vH gegenüber 1982. Diese Entwicklung hat sich im Durchschnitt des ersten Quartals 1984 fortgesetzt; bedingt durch Sondereinflüsse kam es allerdings zu starken monatlichen Schwankungen.

Die seit dem Frühjahr 1983 lebhaftere Konsumnachfrage ging vor allem darauf zurück, daß die Verbraucher verstärkt auf ersparte Mittel zurückgriffen und auch bereit waren, sich wieder mehr zu verschulden: So hatte im vergangenen Jahr die Sparquote — gemessen an den verfügbaren Einkommen — mit 12,5 vH den niedrigsten Stand seit 16 Jahren, und die Konsumentenkredite erhöhten sich gegenüber 1982 um 8 vH. Von der Einkommenseite kamen zunächst kaum Impulse. Doch im Laufe des Jahres wuchs — bei stetiger Entwicklung der Nominaleinkommen — die Kaufkraft dieser Einkommen aufgrund spürbar schwächerer Preissteigerungen. Im dritten Quartal 1983 schließlich waren erstmals seit längerer Zeit wieder höhere Realeinkommen als im Vorjahr zu verzeichnen.

Innerhalb der durch die Einkommensentwicklung gegebenen finanziellen Möglichkeiten hätten die privaten Haushalte im ersten Quartal 1984 ihre Nachfrage kräftig ausweiten können; aufgrund vorgezogener Einmalzahlungen bei einigen großen Unternehmen war der Anstieg der verfügbaren Einkommen in diesem Zeitraum mit 5 vH spürbar höher, als es dem gegenwärtigen Trend entspricht. Bereinigt um die nach wie vor ruhige Preisentwicklung ergab sich eine Stärkung der realen Kaufkraft um 2 vH. In den ersten beiden Monaten dieses Jahres nutzten die Verbraucher diesen finanziellen Spielraum; die wertmäßige Steigerung der Einzelhandelsumsätze um reichlich 7 vH im Durchschnitt von Januar und Februar im Vergleich zu der entsprechenden Vorjahrszeit macht dies deutlich. Im März allerdings kam es zu einem Nachfragerückgang, gekennzeichnet durch einen gegenüber dem Vorjahr um über 4 vH geringeren Einzelhandelsumsatz. Doch dürfte dieser Rückgang vor allem mit dem diesmal späten Ostertermin zusammenhängen; es ist zu erwarten, daß die Aprilumsätze die Verluste im März zum großen Teil ausgeglichen haben.

Im Durchschnitt des ersten Quartals nahm die private Verbrauchsnachfrage gegenüber dem Vorjahr nominal um 4 vH zu, das Verbrauchsvolumen — bei einer Preissteigerungsrate von rund 3 vH — um knapp 1 vH. Der leichte Anstieg der Sparquote — saisonbereinigt um einen halben Prozentpunkt — deutet darauf hin, daß ein Teil der Mehreinkommen für Ostereinkäufe reserviert worden ist.

Die schon länger anhaltende Nachfrageschwäche bei *Nahrungs- und Genußmitteln* wurde auch in der Erholungsphase des letzten Jahres nur kurzfristig im dritten Quartal unterbrochen. Im ersten Vierteljahr 1984 ging das Verbrauchsvolumen wieder zurück (-0,6 vH). Die Preisentwicklung war in diesem Bedarfsbereich im Berichtsquartal sehr uneinheitlich. Einer starken Verteuerung der Saisonwaren im Vergleich zum Vorjahr (+ 16 vH) standen sehr viel geringere Preisanhebungen bei den übrigen Nahrungsmitteln (+ 3 vH) gegenüber; bei den Genußmitteln lag der Preisindex sogar um 1,5 vH unter dem Vorjahresniveau, vor allem bedingt durch stärkere Preisrückgänge bei Tabakwaren. Bei insgesamt mäßigen Preissteigerungen bei Nahrungs- und Genußmitteln (+ 1,9 vH) und einem leichten Verbrauchsrückgang expandierten die Ausgaben hier nur wenig; in der saisonbereinigten Betrachtung sind die Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel seit dem letzten Vierteljahr 1983 rückläufig.

Auch die Nachfrage nach *Kleidung und Schuhen* profitierte im letzten Jahr von der konjunkturellen Belebung nur phasenweise, und zwar im zweiten und dritten Quartal. Nach den Nachfrageeinbrüchen in den Jahren 1981 und 1982 erreichte der reale Verbrauch 1983 gerade das Volumen des Vorjahres. Im vierten Quartal wurde das Vorjahrsniveau bereits wieder unterschritten. Diese Entwicklung setzte sich im Berichtszeitraum leicht verstärkt fort. Die Preiserhöhungen blieben im Rahmen der Verteuerung der gesamten Lebenshaltung. Die Ausgaben für Kleidung und Schuhe nahmen nur halb so schnell zu wie alle Verbrauchsausgaben. Saisonbereinigt gingen sie im ersten Jahresviertel sogar noch stärker zurück als die Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel.

Die Ausgaben für *Wohnungsmieten* reagieren nur wenig auf konjunkturelle Bewegungen. Bei weiterer Zunahme des Wohnungsbestandes und über dem Durchschnitt der allgemeinen Preisentwicklung liegenden Mieterhöhungen nahm die Bedeutung dieser Ausgabenkategorie im Budget der privaten Haushalte innerhalb weniger Jahre beachtlich zu. Von 1980 bis 1983 stieg der Anteil der Mietausgaben an den Gesamtausgaben um mehr als einen Prozentpunkt von 12,5 vH auf 13,7 vH. Im Berichtsquartal war im Vorjahresvergleich der Preisauftrieb zwar geringer als zu-

Der private Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland

Bedarfsbereiche	1981	1982	1983	1982		1983				1984 1. Vj. ⁶⁾
				3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	
Mrd. DM zu jeweiligen Preisen										
Nahrungs- und Genußmittel 1)	213,2	222,3	227,1	55,0	60,1	53,4	55,2	57,1	61,4	54,1
Kleidung, Schuhe	77,6	76,5	79,0	16,6	25,8	17,2	18,0	17,4	26,4	17,6
Wohnungsmieten 2)	111,4	119,3	127,8	29,9	30,7	31,3	31,8	32,0	32,7	33,0
Haushaltsenergie 3)	45,6	48,1	48,1	10,6	11,0	14,4	12,1	10,5	11,2	15,4
Sonstige Waren und Dienstleist. 4)	425,4	433,2	453,1	109,8	115,2	104,8	112,6	114,5	121,2	109,9
Privater Verbrauch	873,2	899,4	935,1	221,9	242,8	221,1	229,6	231,5	252,8	230,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in vH										
Nahrungs- und Genußmittel 1)	4,9	4,3	2,2	3,4	2,0	2,9	-0,2	3,9	2,2	1,3
Kleidung, Schuhe	0,9	-1,4	3,2	-3,6	0,7	2,3	3,8	5,1	2,1	2,0
Wohnungsmieten 2)	6,7	7,1	7,1	6,9	7,0	7,3	7,6	7,1	6,6	5,6
Haushaltsenergie 3)	13,3	5,5	0,2	2,0	3,4	-1,6	2,7	-1,4	1,3	6,5
Sonstige Waren und Dienstleist. 4)	4,0	1,9	4,6	0,8	1,5	3,5	5,1	4,3	5,2	4,9
Privater Verbrauch	4,7	3,0	4,0	2,0	2,3	3,5	3,9	4,4	4,1	4,0
Mrd. DM zu Preisen von 1976										
Nahrungs- und Genußmittel 1)	181,1	177,3	176,5	43,4	47,6	41,7	42,8	44,4	47,7	41,5
Kleidung, Schuhe	61,6	57,8	57,8	12,5	19,2	12,8	13,2	12,7	19,1	12,7
Wohnungsmieten 2)	92,8	94,7	96,6	23,6	23,9	24,0	24,1	24,1	24,4	24,4
Haushaltsenergie 3)	29,4	28,8	29,1	6,4	6,4	8,8	7,5	6,2	6,6	8,9
Sonstige Waren und Dienstleist. 4)	338,7	329,8	335,1	82,6	86,0	78,8	84,5	83,7	88,1	80,1
Privater Verbrauch	703,6	688,4	695,1	168,5	183,1	166,1	172,0	171,1	185,8	167,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in vH										
Nahrungs- und Genußmittel 1)	0,4	-2,1	-0,4	-4,0	-3,6	-1,7	-2,5	2,4	0,1	-0,6
Kleidung, Schuhe	-3,6	-6,2	0,1	-8,4	-3,8	-1,1	0,7	1,9	-0,6	-0,9
Wohnungsmieten 2)	2,3	2,1	1,9	2,1	2,1	1,9	2,0	1,9	1,9	1,6
Haushaltsenergie 3)	0,4	-2,2	0,9	-2,8	-2,6	-1,0	4,3	-2,0	2,8	1,3
Sonstige Waren und Dienstleist. 4)	-2,8	-2,6	1,6	-3,3	-2,6	0,1	2,5	1,2	2,5	1,6
Privater Verbrauch	-1,2	-2,2	1,0	-3,1	-2,4	-0,3	1,1	1,6	1,5	0,9
Preisentwicklung ⁵⁾ : Veränderung gegenüber Vorjahr in vH										
Nahrungs- und Genußmittel 1)	4,5	6,5	2,6	7,7	5,9	4,7	2,4	1,4	2,1	1,9
Kleidung, Schuhe	4,7	5,1	3,0	5,2	4,7	3,4	3,1	3,1	2,7	2,9
Wohnungsmieten 2)	4,3	4,8	5,1	4,8	4,8	5,3	5,5	5,1	4,6	3,9
Haushaltsenergie 3)	12,8	7,8	-0,8	4,9	6,1	-0,6	-1,5	0,6	-1,5	5,2
Sonstige Waren und Dienstleist. 4)	6,9	4,6	2,9	4,2	4,2	3,5	2,6	3,1	2,7	3,3
Privater Verbrauch	6,0	5,3	3,0	5,3	4,8	3,7	2,8	2,8	2,6	3,1

1) Einschließl. Verzehr in Gaststätten.- 2) Einschließl. Mietwert der Eigentümerwohnungen.- 3) Elektrizität, Gas, Brennstoffe.- 4) Einschließl. Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter und Reisesaldo (privater Verbrauch von Inländern in der übrigen Welt abzügl. Verbrauch von Gebietsfremden im Inland).- 5) Auf der Basis 1976 = 100.- 6) Erste vorläufige Berechnung des DIW.

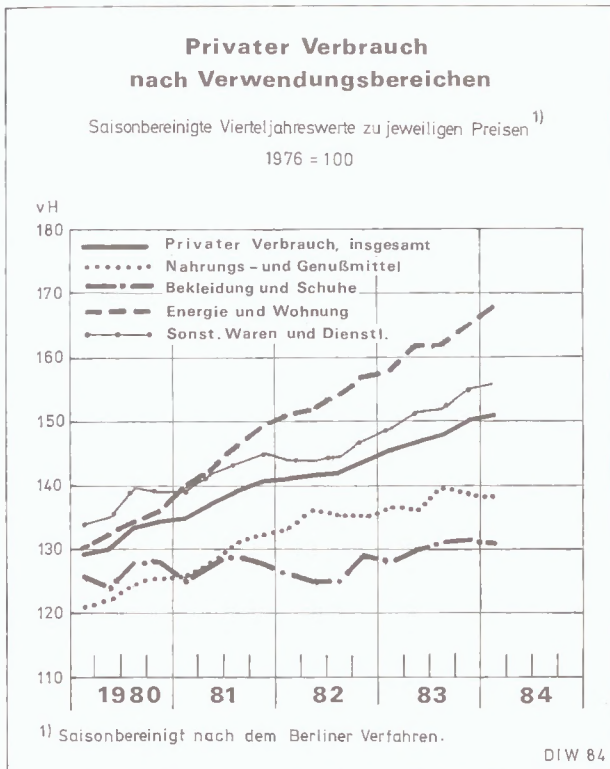
Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes. Vierteljährliche Aufteilung nach Bedarfsbereichen: Berechnung des DIW. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

vor, doch zeigt der saisonbereinigte Verlauf schon wieder eine leichte Beschleunigung.

Im Bereich der *Haushaltsenergie*, der die Ausgaben der privaten Haushalte für Elektrizität, Gas und Brennstoffe umfaßt, war die Entwicklung von 1980 bis 1982 durch meist rückläufigen Verbrauch bei stark steigenden Preisen gekennzeichnet. 1983 gab es aufgrund deutlicher Preissenkungen beim Heizöl (-8 vH gegenüber 1982) einen leichten Rückgang des durchschnittlichen Energiepreises, so daß trotz eines geringen Mehrverbrauchs die Aufwendungen für diese

Ausgabenkategorie kaum größer waren als 1982. Im ersten Quartal dieses Jahres setzte sich der leichte Verbrauchsanstieg fort. Hier errechnen sich aber aufgrund des Preisrückgangs in der entsprechenden Vorjahreszeit kräftige Preisanhebungen und damit spürbare Mehraufwendungen.

Die Nachfrage nach *sonstigen Waren und Dienstleistungen* — knapp die Hälfte des gesamten Verbrauchs — kam am Ende der rezessiven Entwicklung schneller in Gang als in jenen Bedarfsbereichen, die eher den Grundbedarf (Nahrung und Kleidung)



decken; dies trug wesentlich zur Festigung der Konsumkonjunktur im letzten Jahr bei. Das überproportionale Wachstum setzte sich auch in den ersten drei Monaten dieses Jahres fort. Ein um 1,6 vH höheres Verbrauchsvolumen erforderte bei Preissteigerungen von gut 3 vH Mehrausgaben von knapp 5 vH gegenüber dem Vorjahr. Saisonbereinigt lagen die Ausgaben im Berichtszeitraum um 1 vH über denen des Vorquartals (Gesamtausgaben + 0,5 vH).

Getragen wurde diese Entwicklung zu einem großen Teil von der Nachfrage nach Kraftfahrzeugen. Die Neuzulassungen nahmen seit Anfang 1983 boomartig zu und brachten dem Einzelhandel mit Fahrzeugen im Durchschnitt des letzten Jahres ein reales Umsatzplus von 9 vH. Auch im Januar und Februar dieses Jahres gab es mit 9 vH bzw. 16 vH beachtliche reale Zuwächse gegenüber dem Vorjahr, denen allerdings im März ein Rückgang um 10 vH folgte; im Quartalsdurchschnitt war deshalb der preisbereinigte Umsatz nur um 2,5 vH höher als im Vorjahr. Das Märzergebnis hinsichtlich seiner konjunkturellen Bedeutung richtig einzuordnen, ist gegenwärtig recht schwierig. Sicherlich markiert es nicht den Beginn einer neuen Talfahrt, wohl aber eine Phase gemäßigten Anstiegs, nachdem im letzten Jahr der aufgestaute Bedarf zu einem großen Teil gedeckt worden war.

Von dem freundlichen Konsumklima profitierte im letzten Jahr auch das Kraftfahrzeughandwerk. Trotz überdurchschnittlicher Preissteigerungen bei Repara-

turen (+ 5 vH gegenüber 1982) ergab sich hier ein realer Umsatzzuwachs von fast 6 vH. Obwohl wegen der Beschleunigung bei den Neuzulassungen der Fahrzeugbestand wieder etwas schneller wuchs, war der Mehrverbrauch an Kraftstoffen (Benzin + 1,5 vH, Diesel + 3,5 vH) mäßig; die Ausgaben erhöhten sich aufgrund eines leichten Preisrückgangs (-0,8 vH) nur geringfügig. Im ersten Quartal dieses Jahres ist — ersten Informationen zufolge — der Kraftstoffverbrauch mit rund 5 vH gegenüber dem Vorjahr nun überraschend stark gestiegen.

Der Anstieg des Verbrauchsvolumens im Jahre 1983 bei den „Sonstigen Waren und Dienstleistungen“ um 5,3 Mrd. DM (zu Preisen von 1976) entfiel also zu einem erheblichen Teil auf die mit dem Auto zusammenhängenden Ausgabenkategorien. Für Anschaffung, Kraftstoffe, Reparaturen und Sonstiges (z. B. Zubehör, Pflegemittel oder Garagenmiete) wurden rund 4 Mrd. DM mehr ausgegeben. In den anderen zu dieser Gruppe zählenden Bedarfsbereichen schnitt der Verwendungszweck „Persönliche Ausstattung, sonstige Waren und Dienstleistungen“ mit einem realen Plus von knapp 2 vH ebenfalls günstig ab, wozu vor allem die Nachfrage nach Dienstleistungen (z. B. der Banken und Versicherungen) beigetragen haben dürfte. Das höhere Verbrauchsvolumen bei den Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung von nicht ganz 1 vH ist u. a. auf die regere Nachfrage nach Möbeln zurückzuführen (preisbereinigter Einzelhandelsumsatz + 1,4 vH gegenüber 1982). Im Bereich Bildung und Unterhaltung stagnierte die reale Nachfrage dagegen. Im einzelnen kam es jedoch zu recht unterschiedlichen Entwicklungen: Während im Einzelhandel mit Büromaschinen — hier spielte der Absatz von Heimcomputern eine große Rolle — sowie mit Rundfunk-, Fernseh-, und phonotechnischen Geräten zum Teil stattliche reale Umsatzsteigerungen realisiert werden konnten (+ 8,6 vH bzw. + 2,1 vH), gab es einige Branchen, an denen die wirtschaftliche Erholung des letzten Jahres vorüberging. Dies wird z. B. an den realen Umsatzeinbußen im Einzelhandel mit Foto- und Kinogeräten (-4,2 vH) und Musikinstrumenten (-3,6 vH) deutlich.

Auch im ersten Vierteljahr 1984 war in diesen Branchen eine differenzierte Entwicklung zu beobachten. Die Kfz-Ausgaben insgesamt dürften wiederum überdurchschnittlich gestiegen sein. Auch der Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen sowie mit pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen hatte einen realen Umsatzzuwachs (jeweils + 1 vH) gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Dagegen ist der Einzelhandel mit Elektroerzeugnissen bisher recht deutlich hinter der Entwicklung im letzten Jahr zurückgeblieben und mußte trotz nur mäßiger Preiserhöhungen von nicht einmal 1 vH ein reales Umsatzminus von knapp 3 vH hinnehmen. Hier machte sich der in allen

Branchen zu beobachtende Nachfrageeinbruch im März besonders kraß bemerkbar.

Ausblick

Für die Beurteilung der weiteren Entwicklung des privaten Verbrauchs dürften die Märzergebnisse — schon wegen der erwähnten saisonalen Gründe — kaum Signalwirkung haben. Die Einkommensentwicklung spricht gegen ein Abgleiten der Verbrauchskonjunktur. Denn für 1984 sind — gegenüber 1983 — sowohl höhere Nettolöhne und -gehälter als auch höhere Entnahmen der Selbständigen zu erwarten; das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte dürfte um 4 vH steigen¹. Da die Voraussetzungen für einen nur mäßigen Anstieg der Verbraucherpreise günstig sind — er dürfte im Jahresdurchschnitt bei knapp 3 vH

liegen —, ist auch mit höheren Realeinkommen als im Vorjahr zu rechnen.

Die gegenwärtig offenbar etwas gedämpfte Verbrauchsneigung dürfte sich in den kommenden Monaten — nach Beilegung der gegenwärtigen Arbeitskämpfe — wieder stabilisieren und sich vor allem bei der Anschaffung langlebiger Konsumgüter bemerkbar machen. So spricht die vermehrte Fertigstellung von Wohnungen und Eigenheimen für eine rege Nachfrage nach Einrichtungsgegenständen. Dagegen wird sich der Erwerb von Kraftfahrzeugen eher schwächer entwickeln. Der Absatz neuer Güter wie Heimcomputer und Videorecorder dürfte wieder überproportional steigen.

¹ Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1984. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 15-16/84, S. 175 ff.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer • 880 *

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler,
Dr. Wolfgang Watter, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Arbeitnehmerverdienst im verarbeitenden Gewerbe von Berlin (West). Bearbeitet von Kurt Geppert. —

Verbrauchskonjunktur bleibt befriedigend. Bearbeitet von Jochen Schmidt. —

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.
Zuzüglich Versandkosten.